

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Wienstr. 4/5, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 3 Mk. 25 Pf., pro Woche 20 Pf., Postzeitungsliste Nr. 7748.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Expeditionsgebühr beträgt für die einjährige Mitgliedschaft über dem Namen 30 Pfennige, für Besondere und Besondere Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 201.

Montag, den 29. August 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Die Arbeiterverhältnisse in Schlesien und Posen nach den Berichten der Gewerbe- und Bergverträge.

Der Regierungsbezirk Oppeln.*)

Dieser Regierungsbezirk und seine Gewerbeinspektionsverhältnisse verdienen selbstverständlich das meiste Interesse. Oberschlesien enthält einen großen Industriebezirk, den zweitgrößten Deutschlands und eine in vielen Beziehungen eigenständige Arbeiterschaft. Allerdings ist der wichtigste Teil der Betriebe und der Arbeiterchaft des ober-schlesischen Industriebezirks der Aufsicht der Gewerbeinspektion entzogen: die Bergwerke, die der Kontrolle der Bergbehörden, der Bergrevierbeamten, unterstellt sind. Das sind verbleiben unter der Aufsicht der Gewerbeinspektion immer noch so viel Betriebe, daß die bisher 8, jetzt 9 betragende Zahl der Beamten — in Anbetracht der zu bewältigenden Arbeit — viel weniger genügt, als die Zahl der (9) Beamten des Regierungsbezirks Breslau. Der Bericht des Herrn Rufahl bestätigt das. Wie überall heißt es auch hier: Zu viel Arbeit, zu wenig Beamte; und dazu kam noch, daß der Assistent der Deutscher Inspektion, der 9 Monate lang wegen Krankheit vom Dienste befreit war, nur während dreier Monate vertreten wurde, aber natürlich nur vertreten wurde durch Kräfte, die anderen Bezirken entzogen wurden. Die Sparbarkeit der Regierung ist hier übel angebracht.

Unter den Revisionen des Jahres 1897 waren besonders wichtig die der Zinkhütten und der Bäckereien. Manchem unserer Leser ist es vielleicht noch erinnerlich, wie es im vorigen Jahre wieder einmal hieß: Geheimräthe in Oberschlesien! In, sie waren da, die Herren Geheimräthe aus Berlin, um sich vom Zinkhüttenland Oberschlesiens durch den Augenschein zu überzeugen; die Gewerbeinspektoren waren ihre Führer. Wie oft haben Geheimräthe Oberschlesien heimgesucht; nie ist etwas Wichtiges dabei herausgekommen. Die denkwürdige Heimsuchung Oberschlesiens durch Geheimräthe war wohl die vor der Herrschaft des Hungertypus in den vierziger Jahren. Der Besuch der Räte hat damals nichts genutzt, vielleicht ist der vom Jahre 1897 fruchtbarer. Wenn nur dabei berücksichtigt worden wäre, daß die Potemkin'sche Manier von den ober-schlesischen Zinkgewaltigen heute noch so geübt wird, wie vom Erfinder dieses Systems vor mehr als zweihundert Jahren. Außer der Regierung haben sich auch Andere um die Zinkhütten gekümmert; das Wichtigste in dieser Beziehung ist das Erscheinen der Arbeit des prakt. Arztes Dr. Seiffert in Antonienhütte über das Zinkhüttenrechtthum. Diese Arbeit wurde seiner Zeit in diesem Blatte erwähnt.

Nicht ungünstig scheint es in Oberschlesien mit dem Ver-

kehr zwischen Gewerbeinspektoren und Arbeitern zu stehen, 616 Arbeiter, eine nirgends erreichte Anzahl, haben die Gewerbeinspektoren aufgesucht. Der Pole ist ein vertrauensvoller Mensch, der sich, seit er von dem Institut der Gewerbeinspektion gehört hat, sehr darüber freut, daß endlich Jemand da ist, der sich seiner annimmt. Von vornherein hat also der ober-schlesische Arbeiter mehr als der bereits kritischere deutsche „Vertrauen“ zu den Gewerbeaufsichtsbeamten. Die Arbeiterführer führen dieses Verhältnis in keiner Weise; im Gegenteil, die hohe Zahl der Arbeiter, die die Gewerbeinspektoren aufgesucht haben, ist in erster Linie auf die Thätigkeit dieser Leute zurückzuführen. Auch die Arbeiterpresse, soweit sie in Oberschlesien verbreitet ist, befragt mehr als die bürgerliche das Zustandekommen eines engeren Verkehrs zwischen Arbeitern und Gewerbeinspektoren. Wirkwürdiger Weise schreibt nun aber Herr Rufahl: „Lebhaft muß es beklagt werden, daß die polnisch-socialdemokratischen Arbeiterzeitungen durch Hez- und Schmähartikel bemüht sind, das von Jahr zu Jahr zunehmende Vertrauen zu den Gewerbeaufsichtsbeamten zu zerstören. In einem Falle war der Gewerbeinspector zu Beuthen genöthigt, gegen den verantwortlichen Redacteur der „Gazeta Robotnicza“ wegen Beleidigung durch die Presse Strafantrag zu stellen. Das Urtheil lautete auf 8 Wochen Gefängniß.“ Diese Stelle darf nicht unwidersprochen bleiben. Es ist freilich richtig, daß der verantwortliche Redacteur der „Gaz. Rob.“ wegen Beleidigung des Deutscher Gewerbeinspectors bestraft worden ist; wer aber wie wir den Fall kennt und im Allgemeinen weiß, wessen sich socialdemokratische Redactoren beim geringsten Fehler zu versehen haben, kann dieser Bestrafung durchaus nicht die Bedeutung beimessen, die ihr Herr Rufahl beizulegen scheint. Hauptsächlich: „polnisch-socialdemokratische Arbeiterzeitungen“ giebt es in Oberschlesien nicht, sondern nur eine polnische socialdemokratische Arbeiterzeitung, die „Gaz. Rob.“. Von Hez- und Schmähartikeln in der Mehrzahl kann nicht die Rede sein, da bekanntlich nicht bloß die kleinste Beleidigung, oft auch schon die ungeschminkte Aussprache der Wahrheit bei socialdemokratischen Zeitungsredactoren schwer bestraft wird. Die Dummheit und Bosheit bürgerlicher Schreibknechte Oberschlesiens brachte es natürlich fertig, aus den „polnischen socialdemokratischen Arbeiterzeitungen“ „polnische und socialdemokratische Arbeiterzeitungen“ zu machen; welcher Dummheit und Gemeinheit wären die nicht fähig! Uns soll übrigens die Haltung des Herrn Rufahl gegen die „polnisch-socialdemokratischen Arbeiterzeitungen“, zu deren Redactoren er wenig „Vertrauen“ zu haben scheint, nicht hindern, nach wie vor die Arbeiter zum Besuche der Gewerbeaufsichtsbeamten anzuregen; gerade seit einigen Wochen, in der Zeit der Massenmaßregelungen, haben wir es so gehalten!

Oberschlesien ist das Dorado der Kinder- und Frauenaubereiter. Die Gesamtzahl der unter der Fabrikaufsicht stehenden Arbeiter ist um 6 pCt. gewachsen, die Zahl der Arbeiterinnen dagegen um 7 und die der Kinder um 16 pCt. In positiven Zahlen ausgedrückt, gab es 1897 unter 105,000 Arbeitern im Allgemeinen 16,000 Arbeiterinnen und 5000 Kinder. Die Zahl der „Zwiderhandlungen“ gegen die zum Schutz der Fabrikorden erlassenen Bestimmungen ist stark gestiegen gegen das Vorjahr, um 71, sic 176, „wenn von den in 12 Bäckereien ermittelten Zwiderhandlungen abgesehen wird.“ Warum „abgesehen“? Die handwerks- und junftrmäßige ungeschliche Kinderaubereitung ist wohl nicht einmal eine „Zwiderhandlung“, etwa bloß ein Versehen?

Für die Arbeiterinnen hat endlich die Nacharbeit auf Rotereien, die ausnahmsweise bis zum April 1897 gestattet war, aufgehört; sie war gewissermaßen ein trauriges Corrolat zur Nacharbeit der Arbeiterinnen in Zuderfabriken. Daß der Berichterstatter von dem Mangel an Arbeitern berichtet, nichts aber davon, daß die mancherlei Maßregelungen doch auch wieder ein Beweis für Mangel an Arbeit waren, nicht auch von der empörenden Sitte der Achtung der Arbeiter durch das System der schwarzen Listen, daran sind wir nunmehr schon gewöhnt. Merkwürdiger Weise scheinen die Gewerbeinspektoren die einzigen zu sein, die nicht wissen, daß Woche für Woche die am schwarze-Listen-Verband beteiligten Werke einander Proscriptionslisten ausgeben, und daß gerade dieser freche Verstoß gegen den Satz: wehe dem, der seinen Bruder an der Arbeit hindert, und die Ohnmacht der Gewerbeinspektion, gegen diese größte aller Unfugüberübungen aufzutreten, dem Gewerbeaufsichtsbeamten um sein etwa erworbenes Vertrauen bei den Arbeitern bringt. Wann wird sich endlich ein ober-schlesischer Gewerbeaufsichtsbeamter zu einem freimüthigen Worte in dieser Angelegenheit aufraffen? Thut es keiner, dann müssen wir doch wohl annehmen, daß sie mit der ober-schlesischen Maßregelungs- und Achtungspraxis einverstanden sind? (Schluß folgt.)

Zur Lebensmittelvertheuerung.

Die zunehmende Vertheuerung der meisten Lebensmittel geht deutlich aus einer Zusammenstellung im letzten Monatsbericht des Statistischen Amtes der Stadt Charlottenburg hervor. Das Kilogramm Rindfleisch von der Keule kostete vor zwölf Jahren, im Jahre 1886, nach 110 Pfennig; der Preis stieg stetig bis zum Jahre 1890 auf 143 Pfennig, auf welcher Höhe er sich bisher mit geringen Schwankungen erhalten hat. Nicht so bedeutend ist die Steigerung des Preises für Rindfleisch vom Bauch. Es ist von 100 Pfennig im Jahre 1886 mit mehrfachen Schwankungen auf 108 gestiegen. Das Kalbfleisch zeigt einen ähnlichen Preisgang wie das Rindfleisch; es stieg von 110 auf 136 Pfennig. Schweinefleisch kostete schon 1886 126 Pf., jetzt 142 Pfennig, ebenso viel wie das Rindfleisch von der Keule. Sammelfleisch, dessen Preis 1886 dem des besseren Rindfleischs entsprach, kostete 1897 126 Pf., jetzt 140 Pf. Der Preis der Eßbutter ist im Sinken begriffen. Sie kostete 1886 noch 227 Pf. das Kilogramm, stieg dann stetig bis zum Jahre 1893 auf 238 Pf., um seitdem zu fallen. Im Jahresdurchschnitt von 1897 kostete sie noch 224 Pf., im Juni d. J. nur noch 215 Pf. Auch die Eier zeigen in den letzten Jahren die Tendenz, im Preise zu sinken. Ihr Preis für das Schuß stieg von 293 Pf. im Jahre 1886 nach mehrfachen Schwankungen auf 415 Pf. im Jahre 1895, um bis 1897 auf 303 Pf. zurückzugehen. Ihr jetziger Sommerpreis ist noch niedriger. Sie würden aber sofort in die Höhe schnellen, wenn die Gelüste der Agrarier auf Sperrung der Grenze auch auf diesem Gebiete erfüllt würden.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Karlsruhe geschrieben: Die Absperrung der Grenze gegen die Vieheinfuhr macht sich auch bei uns recht unangenehm bemerkbar. Im Anfang 1897 waren die Viehmarktpreise mäßig hoch, zeigten aber von August ab an galtend steigende Tendenz, ganz besonders bei Schweinen. Schweine kosteten hier Anfangs 1897 53—56 Pf. pro Pfund. Die Zufuhr zum hiesigen Markte blieb um 2000 Stück und die Schlachtungen um ca. 500 Stück gegen das Vorjahr zurück. In Folge der

Die Fürsten der Börse.

Roman von Wassily Remirowitsch-Dantschenko.

Uebersetzung aus dem Russischen von Dr. A. Marlow und E. Stein (Rudolf von Dantschenko.)

Endlich ruft er, da seine Leute ihn gar nicht zu vernehmen scheinen: „Anfann! Wir vertrauen der Verwaltung auch so!“
„Woraus schließen Sie das so allgemein?“ fragte Schiwago, roth werdend.
„Ich schließe es aus dem Ausdruck der Gesichter!“ lachte ihm Birschtschew direct ins Gesicht.
„Anfann! Wir wollen keine Commission!“ brüllte erfreut die Versammlung.
„Wir wollen keine Controllen! . . . Wir vertrauen auch so! . . . Wir vertrauen immer!“
„Wir danken!“ übertönte da Jemand mit übernatürlichem Haß alle anderen Stimmen, und „Wir danken! Wir danken!“ schote der Chor nach.
„Solch eine Stimme muß viel Geld kosten!“ wandte sich ein Herr an seinen Nachbar. „Raum in der Oper hört man solche Stimmen!“
„Herr Schiwago, Sie wollten, glaube ich, Etwas erwidern?“ wandte sich Belinski zuvorkommend, doch mit ironischem Lächeln an diesen.
Raum hat sich Schiwago erhoben, da erschallt rings ein Gelächter. Schiwago wird ein wenig verwirrt, doch sich beherrschend, beginnt er: „Meine Herren!“
Die „Herren“ aber lassen ihn nicht ansprechen, sie erheben ein Murren.
„Meine Herren! Die Interessen der Actionäre, die in letzter Zeit den persönlichen Interessen von Mitgliedern unserer Verwaltung geopfert wurden.“

„Wir wollen keine Neben!“ ruft Jemand. „Genug! Genug!“ schreit man von anderer Seite. „Wir brauchen keine Neben mehr, es ist Zeit, zu Tische zu gehen! — Wir beschäftigen Alles und damit Basta!“
Einige erhoben sich sogar von ihren Plätzen. Schiwago wurde während, wollte Etwas sagen, doch Belinski unterbrach ihn. Ein Gedanke schien sich plötzlich des Letzteren bemächtigt zu haben. Unschlüssig blickte er auf Stoljeschnitow, dachte einen Augenblick nach und erhob sich.
„Meine Herren!“ Alles wurde ruhig. „Meine Herren! Soweit ich den Herrn Schiwago vernehme, scheint er die Mäßigkeit zu besitzen, eines unlerer Verwaltungsmitglieder zu beschuldigen, daß dasselbe unsere Actien an der Börse herunterdrückte!“
Stoljeschnitow erröthete und kam in Bewegung. Fragend blickte er auf Belinski, doch dieser lächelte ihn an, als ob er sagen wolle: „Sei nur ruhig, wir werden Dir schon aus der Patzche helfen!“
„Es ist eine unwürdige Verleumdung!“ fuhr Belinski fort. „Ja, ich muß sogar aus den Grenzen der Höflichkeit heraustreten, was sonst bei mir gewiß nicht vorkommt, und es für eine gemeine Lüge erklären, so daß ich erst gar keine Frage mehr zu stellen brauche, um diese Lüge nicht noch zu verstärken!“
„Und diese Frage wäre?“ rief Schiwago herausfordernd.
„Will der Herr Actionär vielleicht die Güte haben, uns dieses Mitglied zu nennen? Kennt er keinen Namen, so will ich ihm den verdienten Namen zuwerfen!“ — Und Belinski setzte sich nieder, Stoljeschnitow freundlich zulächelnd.
„Und ich will und werde ihn nennen!“ ergrüßte sich Schiwago.
„Nun bitte, dann thun Sie es!“ lud ihn Belinski ein.
„Es ist — — — der Herr Stoljeschnitow ist es!“ — — — Eine Saite schien gesprungen zu sein, Alles

wurde still. Sah Birschtschew sprang von seinem Sessel auf und sah Belinski ratlos an.
Andrej Feodorowitsch wurde blaß wie eine Leiche.
„Welche Lüge! Als ob das Jemand glauben könnte!“ rief Sergej Sergejewitsch mit gut gespielter Entrüstung. Unser hochverehrtes Mitglied wird selbst für sich antworten. Es giebt einen Ruf, meine Herren, der über jede Beleidigung erhaben ist!“
Doch Stoljeschnitow blieb ruhig auf seinem Platze sitzen. Er schien versteinert zu sein. Mit nichts sagendem Blicke schaute er über die Versammlung hinweg, und sein Blick blieb auf Birschtschew haften.
„Nun, Andrej Feodorowitsch?“ wandte sich Belinski wie ungeduldig werdend, an ihn.
„Ich weiß es genau; ich sah es selbst und will es beschwören!“ fuhr in seinem Eifer Schiwago fort. „Ich sah, wie ein bekannter Börsehase . . .“
„Wollen Sie sich nicht höflicher ausdrücken?“
„Wie ein gewisser Börsehase, einst — Röschele, jetzt Wolskoi Montaleki genannt, nachdem er den Preis der Actien unserer Gesellschaft heruntergedrückt hatte, sie jobann für das Bankcomptoir des Herrn Stoljeschnitow einkaufte.“
„Ich kaufte sie auf, indem ich den vortheilhaftesten Preis beantragte, aber ließ ihren Werth nicht herabdrücken.“ sagte Stoljeschnitow halb für sich, mit matter Stimme.
„Sehen Sie, Herr Schiwago, wie leichtsinnig Sie urtheilen?“
„Erlauben Sie, Herr Vorsitzender, ich bin noch nicht zu Ende. Ich habe einen Beweis! Ich bin mit einem Manne bekannt, der den Handelsleuten der Zeitung „Der Schlüssel“, die so heftig gegen die Geschäfte unserer Gesellschaft polemisiert, redigirt. Ich fuhr zu ihm und erfuhr, aus welcher Quelle die Herren Birschtschew und Preobraschenski ihre Nachrichten schöpfen.“

englische Flottenumgebung ist lebhaft gegen China gerichtet, da officiös verlautet, daß die Beziehungen zu Rußland gegenwärtig „herzlich“ (??) seien. Salisbury habe die Politik der „offenen Thür“ aufgegeben und sie durch die Politik der Einflußgebiete ersetzt; er bestrebe auf der Anerkennung der Grenzen der britischen Einflußzonen Seitens der übrigen in China interessierten Mächte. Großbritannien sei Willens, seinen Protest betreffs der Newchwang-Bahn fallen zu lassen, aber es fordere von Rußland, daß dieses die Uebereinkunft mit China außer Kraft setzt, nach der, falls bezüglich des Baues und Betriebes der Peking-Hantow-Bahn Streitigkeiten entstehen, der Pekingler Gesandte desjenigen Landes, welches das größte finanzielle Interesse an der Bahn habe, zum Schiedsrichter gemacht werde.

In England scheint man nun energischer vorgehen zu wollen und deshalb soll Lord Salisbury, der auch über die gegen ihn gerichtete Entscheidung der Nachwahlen sehr verstimmt ist, seinen Platz einer stärkeren Kraft einräumen wollen.

Ein wirtschaftliches Zukunftsbild von Kiautschau dieses neuesten deutschen „Schutzgebietes“, entwirft der Colonialpolitiker Freiherr v. Nitschowsen (Schantung und seine Eingangsporte Kiautschau. Verlag von Dietr. Reimer, Berlin). Auf Grund eigener Untersuchungen an Ort und Stelle kommt er zu folgenden Urtheil:

Es sind in Kiautschau gut gelegene Plätze für Docks und sonstige Anlagen vorhanden, und er hält die Bedingungen im Allgemeinen für günstig zur Begründung einer Handelsstadt. Von der Küstehöhe Schantung, die 1896 etwa 20 Millionen Mark betrug, wird $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Kiautschau zufallen, und man wird auf eine normale Steigerung der Ausfuhr für 1000 Tausend auf 25-30 Millionen rechnen können. Die jährliche noch Schantung betrag im gleichen Maße über 40 Millionen. Unter diesen Umständen könnte Kiautschau aus der Änderung der jetzigen Verkehrsverhältnisse eine Handelsstellung von mächtiger Bedeutung einnehmen. In eine Ausbeutung und den Export der Steinkohle aber wäre dabei nicht zu denken. Die große Bedeutung von Kiautschau liegt erst in der Erschließung des Innern durch Eisenbahnen und der Ausbeutung der Kohlenfelder mit Hilfe dieser Bahnen. Dann können die Kohlenfelder ganz anders ausgenutzt und die Kohle nicht nur in Kiautschau selbst für die deutschen Dampfer verwendet, sondern auch nach anderen Hafenplätzen an der ostasiatischen Küste exportiert werden. Der überragende Kohlenbedarf an der ostasiatischen Küste beträgt $\frac{3}{4}$ Millionen Tonnen und wird vorwiegend aus England und Japan gedeckt, bei einem Preise von 16 Mk. bis 30 Mk. pro Tonne. Freiherr von Nitschowsen nimmt nun an, daß die Schantungkohle in Kiautschau unter 15 Mk. verkauft werden könnte, und dann, vorausgesetzt, daß die Heizkohle für Dampfer sich eignet — die neuerlichen Probeversuche nach dieser Richtung sind recht günstig ausgefallen sein —, bei den dort herrschenden Verhältnissen die großen Ozeandampfer ihre Kohlen in Kiautschau einnehmen werden. Die japanische Kohle soll wegen ihrer mangelhaften Beschaffenheit als Concurrent wenig in Betracht kommen. China selbst hat allerdings auch sonst große Kohlengebiete, so daß die Kohlenfelder von Raiping in der Provinz Tschili, deren Product aber wegen der ungünstigeren Abfuhrverhältnisse der Concurrenz der Schantungkohle für die Schiffsverlader schwer Stand halten würde, und es wäre daher zu erwarten, daß die Kohlenfelder von Schantung einen bedeutenden Theil des Kohlenbedarfs von Ostasien liefern.

Eine Erweiterung des Hinterlandes von Kiautschau (also eine Ausdehnung des Schutzgebietes, eine weitere moralische Eroberung!) erachtet Freiherr von Nitschowsen ferner für wünschenswerth behufs einer Verbindung mit Schansi, dem mächtigsten Gebiete von Kohle und Eisen in China, das der deutsche Forscher als erster Europäer kennen gelernt und untersucht hat. Hier sind mächtige Lager vorzüglicher Anthracitkohle, die auf Jahrhunderte den ganzen Weltbedarf decken könnten. Ihre Ausbeutung und der Eisenbahnen dorthin befindet sich aber in nicht zu unterschätzender Höhe. Also her mit den deutschen Händen! Dieses wirtschaftliche Zukunftsbild von Kiautschau ist ja für unsere Weltmacht-Politik und Capitalisten sehr verlockend. Ob es zureichend ist und dem „deutschen Mutterlande“ aus seinem neuesten Schutzgebiete Segen erwächst, wird die Erfahrung lehren.

Die „Samoa-Frage“.

Eine Folge des amerikanischen Sieges ist eine Auflösung der Samoa-Frage: Die Union ist bestrebt, sich eine Stellung zu schaffen, die dem amerikanischen Capital Vortheile bei der Auftheilung Chinas sichert, daher die Besitzergreifung der Ladroneinseln im Stillen Ocean, daher auch das Bestreben, sich in legendärer Weise auf den Philippinen festzusetzen, ein Bestreben, welches, nachdem Manila in Händen der Amerikaner ist, sicher erfolgreich sein wird. Dadurch erhält aber auch der Besitz der Union im Stillen Ocean, wo sie einen größeren Complex von Inseln an sich gebracht hat, neue Bedeutung. Man will daher dort Flottenstationen errichten. Vor Allem hat man den Hafen auf Tutuila, einer der Samoainseln, dazu ausersehen.

Auf dieser Inselgruppe nun bestehen eigenartige Verhältnisse. Es sind drei größere Inseln, um die es sich handelt: Tutuila, Savaii und Upolu. Auf der letzten besitzt Deutschland einen Hafen und England besitzt einen Hafen auf Savaii. Auch die Handelsinteressen kreuzen sich hier vielfach: die deutsche „Südsee-Handels-Gesellschaft“ besitzt auf den Inseln Plantagen und treibt Handel mit den Eingeborenen, England und die Union haben ebenfalls Interessen geltend zu machen. 1889 wurde zwischen den 3 Mächten ein Vertrag abgeschlossen, wonach alle drei Staaten gleich berechtigt sein sollen: die Inselgruppe wurde für unabhängig erklärt, ein einheimischer „König“ eingesetzt, und eine Commission aus je einem Engländer, Amerikaner und Deutschen zur Regelung der Streitigkeiten wurde bestellt. Dieser Zustand dauert bis jetzt fort. Sobald jedoch der Plan, eine amerikanische Flottenstation auf Tutuila anzulegen, aufstaut, kann die Frage neuerdings in Zukunft hiefür es, Deutschland würde Einspruch erheben, dazu aber liegt kein Grund vor, denn nach dem Vertrage kann Amerika, sobald es mit dem „unabhängigen“ König ein Liebesreinkommen trifft, seinen Plan ausführen. Es ist jedoch anderseits klar, daß der deutschen Regierung eine amerikanische Flottenstation auf Samoa nicht gerade sehr angenehm ist und daß in Folge dessen leicht Reibereien entstehen können. Die „Königliche Zeitung“ plädiert daher für eine Theilung der Inselgruppe unter die drei Vertragsmächte und es ist leicht möglich, daß in der That die Frage auf diese Weise gelöst wird. Geschieht es, dann wird die Folge sein, daß eine Flottenstation auch von Deutschland errichtet wird, um „unseren Besitz“ zu schützen. Daraus ergeben natürlich bedeutende Kosten, die von den deutschen Steuerzahlern aufgebracht werden. Nutzen davon hätten nur die Capitalisten der „Südsee-Gesellschaft“, der deutschen Handelsgesellschaft, deren Interessen natürlich vorgeschützt

werden, hat gar keinen Nutzen, weil jetzt das ganze Gebiet der Samoainseln dem Handel offen steht, nach der Auftheilung aber jede Macht ihren Theil durch Zollschranken abschließen wird.

Partei-Angelegenheiten.

Die preussischen Landtagswahlen. Zur Erwerbung der preussischen Staatsangehörigkeit fordert das „Volksblatt für Halle“ unter Beziehung auf die bevorstehenden Landtagswahlen die nichtpreussischen Parteigenossen seines Verbreitungsbezirktes auf.

Wir haben unsere nichtpreussischen, in Breslau wohnhaften Genossen schon vor Monaten zur Erwerbung der Staatsangehörigkeit aufgefordert. Die übliche 1. reuaufrichtige Langsamkeit dürfte es selber verhindern, daß jetzt noch rechtzeitig die zur Wahlberechtigung erforderliche Staatsangehörigkeit erworben werden kann. Dem Berliner Beispiel, die Wahlberechtigung abzulehnen, sind nun neben den Charlottenburger Genossen auch die von Rixdorf, Schmargendorf, Schöneberg, Köpenick und Spandau gefolgt, so daß also auch in den Wahlkreisen Niederbarnim und Ostbavelland die Reactionäre gewonnenes Spiel haben werden.

Die dieser Parteigenossen haben am Donnerstag Abend Stellung zu den Wahlen genommen. Das einleitende Referat hielt Redacteur Strödel, der sich für die Theilnahme ausgesprochen. Bei der Wahl im Jahre 1893 sei der Freisinnige mit 199 Stimmen gegen 213 der Nationalliberalen unterlegen, also nur wenig Stimmen beachtlichen Vererbung zu bewirken. Die Freisinnigen seien doch immer etwas mehr zuverlässig, als die anderen bürgerlichen Parteien und in Anbetracht der Wichtigkeit der Landtage unterliegenden Vererbung liege die Stärkung der Freisinnigen in unserem Interesse.

Sämmtliche Redner sprachen sich in der Discussion gegen eine Theilnahme aus. Bei den Reichstagswahlen habe der Freisinn sich so reactionär gezeigt, daß ein solcher Freisinn garnicht besser als ein Nationalliberaler sei. Die Stimmung der Versammlung fand dann ihren Ausdruck in folgender, mit circa 100 gegen 6 Stimmen angenommenen Resolution:

Die heutige öffentliche Parteiverammlung beschließt, sich nicht an den Wahlen zum Landtag zu betheiligen. Die Theilnahme kann zwar den Freisinnigen das Mandat wieder verschaffen, doch hat der Freisinn sich durch seine bisherigen Thaten nur dem Namen nach von den Nationalliberalen unterschieden. Einen Reactionär durch einen anderen im Landtage zu ersetzen, kann nicht im Sinne des Beschlusses des Hamburger Parteitages liegen. In Folge dessen werden sich die dieser Parteigenossen an den Wahlen nicht betheiligen.

Ueber eine Parteiverammlung in Hagen t. W., die am 21. August Stellung zur Landtagswahl nahm, berichtet die „Rhein.-Westf. Arbeiter-Zeitung“: Eine Wiederbetriebe war für selbständige Theilnahme, die Mehrheit für einfache Unterthaltung der Freisinnigen. Hagen gehört zu den Wahlkreisen, wo die Freisinnigen das vorige Mal nur um wenige Wahlmänner hinter den Reactionären zurückblieben, so daß sie, wenn die Socialdemokraten ihnen helfen, sicher die beibehaltenen Mandate erobern werden. Der Beschluß der Kreisconferenz steht zwar noch aus und es haben die für die Stadt Hagen gewählten fünf Delegirten nicht einmal ein gebundenes Mandat in dieser Frage erhalten. Unseres Dafürhaltens wird jedoch die Stimmung, welche sich in der erwähnten Parteiverammlung widerspiegelte, in jedem Falle den Freisinnigen zu Gute kommen.

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Aus Ipehoe wird uns unter dem 25. August geschrieben: Der Cementarbeiter J. Kahl in Lagerdorf war angeklagt, durch eine am Tage der letzten Reichstagswahl einem anderen Arbeiter gegenüber gebrachte Aeußerung eine Majestätsbeleidigung begangen zu haben, die jener zur Anzeige brachte. Nach längerer, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführter Verhandlung konnte der Gerichtshof die incriminirte Aeußerung nicht als erwiesen erachten und sprach den Angeklagten frei.

(Ende der Rubrik: Politische Uebersicht.)

Arbeiterbewegung.

Achtung, Gewerbegerichts-Beisitzer Deutschlands! Die Konferenz der Gewerbegerichts-Beisitzer (Arbeitnehmer), die in Halle a. d. Saale im Jahre 1896 tagte, hat beschlossen, daß Berlin Vorort für alle Gewerbegerichts-Beisitzer-Angelegenheiten sein solle und daß von dort aus, je nach Bedarf, eine neue Konferenz einberufen sei. Bei einer Besprechung von Beisitzern im Jahre 1897 in Hamburg wurde man sich dahin schließend, eine Konferenz von Beisitzern Deutschlands in diesem Jahre nicht zusammenzubringen. Man war ferner der Ansicht, daß die Verhandlungen nur dann von Werth sein könnten, wenn alle Beisitzer an der Konferenz theilnehmen würden, und sollte versucht werden, Arbeitgeber- sowie Arbeitnehmer-Beisitzer und die Vorsitzenden der Gewerbegerichte zu einer gemeinsamen Besprechung zu laden. Nun werden allerdings die Vorsitzenden der Gewerbegerichte Ende September d. J. in München und Karlsruhe zu einer Beratung zusammenzutreten. Von einer Theilnahme der Arbeitnehmer-Beisitzer hieran ist aber abzurathen.

Der Beauftragte, Genosse Willarg in Berlin, hat mit dem Ausschussmitglied Herrn Dr. Fiebig, Gewerbegerichts-Vorsitzenden in Frankfurt a. M., Rücksprache genommen, und hat derselbe versprochen, für die Einberufung einer gemeinsamen Konferenz im Jahre 1899 Sorge tragen zu wollen. Ort und Zeit derselben, sowie genauere Angaben werden durch die Partei- und Gewerbegerichts-Presse bekannt gegeben werden. Einzelne Anfragen in Gewerbegerichts-Angelegenheiten wolle man an Rudolf Willarg in Berlin, Annenstrasse 16, I, richten.

J. A. Rudolf Willarg. Karl Roblenger.

Der fünfte Verbandstag des Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes, der vorige Woche in Mannheim tagte, beschäftigte sich auch mit der Arbeitslosen-Unterstützung. Das Ergebnis der längeren Auseinandersetzungen über diese Frage war die Ablehnung der Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit 18 gegen 7 Stimmen. Doch wurde folgende Resolution Richards angenommen: „Der Verbandstag ist der Ansicht, daß der Frage der Arbeitslosenunterstützung näher getreten wird. In diesem Zwecke beauftragt der Verbandstag den Vorstand, passendes Material zu sammeln, welches die Grundlage zu weiterer Verhandlung bilden soll, und den einzelnen Filialen zeitig zugestellt werden soll, damit der nächste Verbandstag über diese Frage entscheiden kann.“ — 27 Filialen des Verbandes hatten den Antrag gestellt, die wöchentlichen Verbandsträge zu erhöhen. Nach mehrstündiger Debatte wurde in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen eine Stimme beschlossen, den wöchentlichen Beitrag der männlichen Mitglieder von 15 auf 20 und den der weiblichen von 5 auf 10 Pf. zu erhöhen. Die monatliche Extraktoren von 15 Pf., die in den Monaten März, April, Mai, September, October und November zur Unterstützung von Lohnbewerbern und der Agitation erhoben wird, bleibt bestehen. Von den weiblichen Mitgliedern wird drei Monate hindurch eine monatliche Extraktoren von 10 Pf. erhoben. Der von dem Verbandstage des Schneider- und Schneiderinnenverbandes gleichfalls in Mannheim abgehaltene Schneider- und Schneiderinnencongress hat folgende Resolution angenommen: Der am 22. und 23. August d. J. in Mannheim tagende Congress der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands erklärt: Die vom Bundesrath am 31. Mai 1897 erlassene Verordnung, welche die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kleider- und Bekleidungsindustrie den §§ 135-139 der Gewerbeordnung unterstellt, hat sich

als verfehlt erwiesen. Häufig sind die durch Verordnung betroffenen Arbeiter aus den Werkstätten entfernt und zur Heimarbeit getrieben worden. Der Congress erwartet, daß endlich Regierung und Gesetzgebung die schon lange versprochene Beseitigung der schmerzhaften Uebelstände in der Schneiderei, Wäsche und Kleider-Confektionsindustrie herbeiführt. Um einen wirksamen Schutz der Arbeiter- und Arbeiterinnen genannter Kategorie zu erzielen, hält der Congress die Durchführung der auf dem Eisenacher Congress (siehe Protocoll Seite 26-27) aufgestellten Forderungen für nothwendig. Ferner haben die Collegen und Colleginnen für die Beseitigung der Heimarbeit und Errichtung von Betriebs-Werkstätten seitens der Unternehmer, wie für Einführung fester Lohnsätze mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu wirken.

Der Bauarbeiterstreik in Kassel ist beendet. Die Ausständigen nahmen die Arbeit unter den Bedingungen auf, die ihnen von den Meistern gestellt worden waren. Die Kasserer Bauvereinigungen will nun Abgangszeugnisse einführen, ohne welche kein Arbeiter in Beschäftigung genommen werden soll.

Aus aller Welt.

Die Nonnen des Klosters Waldsassen hatten die Gräfin Reigersberg gewaltiam am Verlassen des Klosters verhindert. Die Gräfin ist aber nun in Freiheit gesetzt und außerdem ist, wie der Reichstagsabgeordnete Hof-Wer dem „Nürnberg. Anzeiger“ schreibt, gegen Vater Lorenz, den Prior des Klosters, von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen gewaltiamer Einschränkung der persönlichen Freiheit erhoben. Die „Egerer Nachr.“, die dem Vater energisch auf den Feß gestiegen sind, berichten übrigens noch zur Geschichte der Gräfin: die Gräfin Reigersberg verlebte ihre Freiheitsverweigerung: „Als die Nonne sich zum Apotheker begeben hatte, um von diesem Fahrgele zu erhalten, mußte sie dort vier Stunden warten und es fand während dieser Zeit eine Vernehmung mit der Oberin statt. Das Ergebniß war, daß man die Nonne veranlaßt, sie solle sich vor der Abreise noch im Kloster verabschieden. Derselben Rathe folgte leider die Nonne, und als sie ins Kloster kam, war es auch mit der Abreise zu Ende.“ Was nun die Zustände im Kloster Waldsassen betrifft, so schreibt der Reichstagsabgeordnete Hof-Wer: „Die Dienstmädchen erhalten dort keinen Pfennig Lohn, sondern im Alter bis zu ihrem Tode Wohnung, Kost und Kleider. Wollen sie als alte Leute außerhalb des Klosters leben, so hört jede Unterstützung auf! Ein Mann mit seinen zwei Schwestern, welche 40 Jahre im Kloster dienten, wurden kürzlich nach harter Kampfe mit 200 Mark abgefertigt! — Die ultramontanen Mächte, soweit sie die Socialpolitik jedenfalls himmlich finden.“

Was Glaucha wird der „Berl. Volksz.“ gemeldet: Der Superintendent Verbach aus Rochlitz ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung amtlicher und kirchengehöriger dem Landgericht Chemnitz eingeliefert worden.

Zwanzig Candiate aus Carantane (in Süd-Italien), welche sich des schlechtesten Wetters wegen in ein Landhaus geflüchtet hatten, wurden unter einem einfallenden Gewölbe begraben. Kürzlich fanden geschmettert ihren Tod, gerettet wurden nur eine Frau und ein Kind.

Ein Erzieher der Jugend als Verbrecher gegen die Sitte. In Odense ist der 48 Jahre alte katholische Pfarrer Whitte wegen Sitteverbrechen verhaftet worden. Er hat nicht nur zu seiner 23jährigen Hauswirthin, sondern auch zu deren 14-jährigen Tochter in unanständigen Beziehungen gestanden und gleichzeitig einer Reihe von Constanantinnen — wie er dies poetisch zu bezeichnen beliebt — „die Engel im Himmel sehen lassen“. Die Verhaftung erfolgte auf Anzeige eines Schuhmachers, dessen 15-jährige Tochter der Unmensche vergemaligt hatte. Die Aufzuehung in Dänemark ist groß. Mehrere Blätter bringen das Conterfeß des Verbrechers und veröffentlichten seinen Lebenslauf, dem zu entnehmen ist, daß Whitte im Jahre 1850 in Randers als Sohn des dortigen Rectors geboren und in Rom erzogen worden ist. Nachdem er in Fredericia als Vicar thätig gewesen war, erhielt er vor 10 Jahren die Pfarrei in Odense, welche etwa 300 Mitglieder zählt. Er war im Uebrigen bei seinen Pfarrkindern durchaus nicht beliebt.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 29. August 1898.

Zum Todestage Lassalle's.

Die Parteiverammlung, welche gestern in Kostrowsky's Local tagte, um den Todestag Lassalle's zu feiern, litt in ihrem Besuche leider unter der Ungunst der Witterung. Genosse Fabian eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß eine Discussion nicht stattfinden werde. Man beschloß daher auch, von der Wahl eines Bureaus Abstand zu nehmen. Nunmehr ergriff Genosse Julius Bruhns das Wort zu seinem Vortrage. In 1 1/2 stündigen, wirkungsvollen Ausführungen schilderte der Redner den Werdegang des großen Agitators, seine gewaltige Bedeutung für die Erweckung der Arbeiterklasse, sein ganzes reiches Leben wie den hochtragischen Abschluß desselben. Mit der warmempfundenen Recitation des ergreifenden Herwegh'schen Gedichtes „Am Grabe Ferdinand Lassalle's“ schloß der Redner seinen Vortrag, für den die Versammlung lebhaften Beifall spendete. Nachdem sich die Anwesenden zu Ehren des großen Todten noch von ihren Plätzen erhoben hatten, schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Socialdemokratie.

Nach dem Tod Lassalle's wurden bereits gestern zwei Kränze niedergelegt. Einer ist von den Parteigenossen Lehmig, der andere von den hiesigen organisirten Bauarbeitern gewidmet.

Die bevorstehenden Landtagswahlen scheinen auf die bürgerlichen Parteien noch wenig belobende Wirkung zu haben. Auch im Freisinn ist es noch recht ruhig — er schläft noch seinen Sommerschlaf. Der „Boten aus dem Riesengebirge“ rufft sich daher zu einer eindringlichen Mahnung an die Wähler, insbesondere an die freisinnigen Parteimitglieder auf. Er sagt u. A.:

„In Wirklichkeit hängt es ganz vom Walle ab, wie lange wir noch mit Reactionären Vereinsknechten, mit Hehligen Volkshuldengeheimnissen, mit Hisselorenparrasiten und ähnlichen Geschwätzern beglückt werden sollen. Es ist eine alte Wahrheit, daß jeder Mensch so liegt wie er sich bettet; wer durch Stimmabgabe oder Stimmenthaltung einem Reactionär zum Siege verhilft, hat kein Recht, ein vollstündiges Mitglied zu erwarten.“

Nur sieben Stimmen haben im letzten Abgeordnetenhaus zu einer rein conservativen Mehrheit gestellt, gegen die Umwälzer diesmal wieder die Hände in den Schoß, bleiben wieder die Vagabunden von ihnen der Urne fern, so ist im neuen Abgeordnetenhaus die conservative Mehrheit für und fertig. Was wir dann im Lande zu erwarten haben, darüber können sich doch auch die politischen Unreife keinen Täuschungen hingeben.“

Das es andererseits durchaus nicht unmöglich ist, durch ständige Wahlarbeit eine wesentliche Veräuslerung herbeizuführen, das zeigt die colossale Angst, die die Conservativen in den letzten Tagen vor der Wahlberechtigung der Socialdemokraten haben, und ganz besonders bevor die Angelegenheit der Ausschließung eigener Candidaturen für freisinnige Candidaten stimmen konnten. Es ist allerdings komisch, mit welcher Hast die Socialdemokraten von der officiellen Presse gewarnt werden, in dem Interesse die bürgerliche Wahlpolitik nicht zu verlassen. Auf demselben Wege sind auch ausserdemgesetzt, der Freisinn sei der größte Feind

